

Zwei Argumente sprechen für eine Herabsetzung des Umwandlungssatzes:

1. die Menschen werden immer älter, das angesparte Geld muss auf einen längeren Lebensabend verteilt werden. Dies wird mit der Senkung des Umwandlungssatzes erreicht.
2. Die Verzinsung des Kapitals in Zukunft ist nicht mehr so hoch, wie in der Vergangenheit, deshalb reicht das Altersgeld weniger lang.

Weshalb aber trotzdem eine Kontroverse, wenn es so klar zu sein scheint? Weil es um Interessen bzw. Geld geht. Bei gesenktem Umwandlungssatz gibt es weniger Rente. Bei zu hohem Umwandlungssatz wird für die Rentner heute und morgen zu viel Vermögen verzehrt, für die Rentner übermorgen bleibt zu wenig übrig. Und zuletzt, aber keinesfalls nebensächlich: den grossen Versicherungsgesellschaften, welche Pensionskassen-Sammelstiftungen führen, wird mit hohem Umwandlungssatz das Geschäft vermiest. Dividenden sind in Gefahr.

### **Argument Lebenserwartung**

Als einigermaßen gesichert kann gelten, dass die Lebenserwartung von Männern zum Zeitpunkt der Pensionierung seit der Einführung der zweiten Säule 1985 bis 2010 um vier Jahre zugenommen hat. Gesicherte Daten gibt es allerdings nur für diejenigen, die bereits gestorben sind. (plus/minus Jahrgang 1920). Ist es wahrscheinlich, dass die Lebenserwartung bis 2100 im Durchschnitt (!) deutlich über 90 Jahren liegen wird? (Erwartungen von Avenir Suisse) Umwelt- und Lebenshaltungsfaktoren haben einen grossen Einfluss. Dies stellt fest, wer einen der vielen Lebenserwartungs-Kalkulatoren im Internet nutzt: abhängig davon, ob ich Bildung und Einkommen minimal oder maximal einsetze, differiert die Lebenserwartung um 3 Jahre! (Folge: Renten-Umverteilung von Handlangern zu Akademikern) Wie ist das Faktum zu beurteilen, dass immer mehr Menschen Übergewichtig sind? Werden Menschen, welche ihre Jugend heute verbringen dieselben Lebenserwartungen haben wie Menschen, welche vor der Mitte des letzten Jahrhunderts geboren sind? All diese Unsicherheiten tragen zu sehr unterschiedlichen Prognosen und entsprechenden Auseinandersetzungen bei. Die längste Lebenserwartung verheisst einem die wirtschaftsnahe Avenir Suisse. Die vom Konsumentenmagazin K-tipp zitierten Quellen sind viel skeptischer.

### **Argument Verzinsung**

Gerade umgekehrt gelagert sind Optimismus und Pessimismus bezüglich Kapitalverzinsung. Von wirtschaftsnahen Kreisen wird eine Durchschnittsverzinsung von 4% als allzu kühn bezeichnet. Für Gewerkschafter ist dies die genau richtige Prognose. Sie haben wohl noch in den Ohren, dass Vertreter der Finanzwelt die langfristig hohen Renditen von Aktienanlagen priesen und dies mit imposant steigenden Kurven von 1900 bis heute illustrierten. Während die einen nicht mehr dran glauben, wollen die anderen diese Verheissungen jetzt eingelöst sehen.

### **Vermögensverzehr und Lage der Kassen**

Nun müsste der klug wirtschaftende Pensionskassenverantwortliche sagen: wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, dass mit dem aktuellen Umwandlungssatz zu hohe Renten ausbezahlt werden, was auf Kosten der zukünftigen Mitglieder unserer Altersvorsorge geht, dann muss eine Senkung vorgenommen werden. Wenn in der Kasse danach zu viel Geld liegt, weil nun weniger ausgeschüttet wird, kann dieses Geld immer noch an Vorsorgesparer oder Rentner ausbezahlt werden. Das ist bei autonomen (§betriebseigenen) Kassen oder unabhängigen Sammelstiftungen möglich. Denn dort gehört das Vermögen niemand anderem als den Versicherten. Bei Sammelstiftungen, welche von der Privatassekuranz (den grossen Versicherungsgesellschaften) geführt werden, fliessen Gewinne als Dividenden an die Aktionäre. In der ganzen politischen Diskussion im Vorfeld der Abstimmung ist der Standpunkt dieser Versicherer sehr stark vertreten.

## §Selbstbedienungsläden

Neben den Aktionären gibt es noch andere Gruppen, die von der Altersvorsorge profitieren. In einer Kolumne im Tages-Anzeiger nannte alt Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm unser System der 2. Säule einen Selbstbedienungsladen. Er spricht von exorbitanten Verwaltungs- und Beratungskosten. Völlig daneben liegt Strahm nicht, wenn er den Finger namentlich auf die Beratungskosten legt, schreibt doch beispielsweise auch Michael Ferber in der NZZ: §Die kapitalgedeckte berufliche Vorsorge des Schweizer Altersvorsorgesystems ist ein Eldorado für Beratungsgesellschaften. ... viele Stiftungsräte von Kassen (sind) überfordert und bei der Verwaltung der Gelder auf Ratschläge von Consultants angewiesen. Das Schweizer Milizsystem schafft eine starke Nachfrage nach Beratungsdienstleistungen. Der weite Spielraum beim Betreiben des Beratungsgeschäfts und die undurchsichtigen Strukturen in der zweiten Säule kommen die Versicherten aber teuer zu stehen í õ Und: §Viele von ihnen (den Beratern) dürften aber Kompetenzen vermischen und hinter dem Rücken der Kassen Retrozessionen (Rückerstattungen) kassieren.õ

## Politische Auseinandersetzung

Vergleicht Strahm Äpfel mit Birnen, wie der Pensionskassenverband ASIP meint, wenn er die beiden Verwaltungskosten-Beträge 25 Franken (AHV) und 800 Franken (zweite Säule) nebeneinander hält? Ja und nein. Ja, wenn man das Nebeneinander der beiden Systeme als mehr oder weniger gottgegeben ansieht. Nein, wenn man sich daran erinnert, dass das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule damals gegen das Votum der Befürworter für einen Ausbau der AHV durchgesetzt worden ist. Wer, wie verschiedene Volkswirtschaftsprofessoren, das Kapitaldeckungskonzept, in welchem jeder (scheinbar) seine eigene Rente anspart, als aufwendigeres Umlageverfahren ansieht (Umlage, weil die Wirtschaft ja permanent die Renten erarbeiten und zahlen muss), der kann sich schon fragen, ob das reine Umlageverfahren mit nur kleinem Kapitalpuffer, nicht die bessere Lösung wäre. Basis müssen ja nicht die Löhne sein, wie bei der AHV. Man kann eine Grösse nehmen, welche der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entspricht. Über die Mehrwertsteuer liesse sich die Umlage bewerkstelligen.

Wer zu einem Nein zum gesenkten Umwandlungssatz aufruft, ist nicht unbedingt der Meinung, die Lebenserwartungen würden nicht mehr steigen und eine hohe Verzinsung des Kapitals werde problemlos sein. §Die Missstände werden sich nur korrigieren lassen, wenn mit der kommenden Abstimmung der BVG-Revision ein politischer Druck zu strengeren Anlagevorschriften aufgebaut wird.õ Rudolf Strahm, der für ein Nein votiert, meint hier mit den Missständen die Börsenspekulation mit zwielichtigen Produkten. Eine Lösung von strengeren Anlagevorschriften, wie er vorschlägt, zu erwarten, ist allerdings zu wenig weit gedacht. Denn die immensen Vorsorgevermögen müssen so oder so angelegt werden. Es ist fragwürdig, wenn diese spekulativ an der Börse eingesetzt werden. Es wäre aber auch verhängnisvoll, wenn sie ihre Rendite alle aus dem Wohnungsbau in der Schweiz beziehen wollten. Der Kritik von Strahm kann man auf weiten Strecken zustimmen. Ob ein Nein Druck in die richtige Richtung erzeugt, darf bezweifelt werden. Bevor Funktion, volkswirtschaftliche Wirkung und Nutzniessung des Kapitals nicht einigermassen durchdacht sind, gibt es keine nachhaltigen Lösungen.

Matthias Wiesmann